

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 21.06.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" Vorlage: FB2/0785/2018	4
3 Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW auf Schließung des Schulhofes der Städt. Eichendorffschule als öffentliche Spielfläche Vorlage: FB3/0779/2018	4
4 Bericht über die Kriminalitätsentwicklung 2017 in Meerbusch; mündliche Darlegung durch Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Kurt Koenemann	5
5 Künftige Konzeption und Betrieb der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände Vorlage: FB2/0789/2018	5
6 Änderung der Zuständigkeitsordnung Vorlage: ZD/0791/2018	7
7 Anträge	7
8 Anfragen	8
9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
10 Termin der nächsten Sitzung: 20. September 2018	8
11 Verschiedenes	8
11.1 Personalfluktuatoin	8
11.2 Bahnunterführung Meerbusch-Osterath	9
11.3 Anfragen an die Verwaltung	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:20 Uhr

Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Schoppe

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertreter für Herrn Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied Vertretung für Frau Dr. Schomberg bis 17.50 Uhr; TOP 4
Vertretung durch Herrn Quaß bis 17.50 Uhr; TOP 4

von der UWG-Fraktion

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Herrn Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied bis 19.50 Uhr; TOP 13

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Herr Heinrich Westerlage Bereichsleiter Service Recht

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

Vertretung durch Frau Docktor

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vertretung durch Herrn Berthold

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Vertretung durch Frau Henning

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es ergibt sich keine Fragestellung.

2 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" Vorlage: FB2/0785/2018

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag zur weiteren Erörterung und Entscheidung in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Petentin ist nicht anwesend. Nach Erläuterung durch Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ist sie jedoch über den Verfahrensablauf informiert.

Außerhalb der konkreten Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Ratsherr Rettig die Bürgermeisterin um Übersendung deren Antwort auf ein Schreiben der evangelischen Kirchengemeinde Buderich zum Thema Jugendvertretung, das auch an die Fraktionen gerichtet gewesen sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass es für sie nicht ersichtlich war, dass auch die Fraktionen angeschrieben waren. Anzeichen, dass mit dem Schreiben ein Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung formuliert werden sollte, waren für sie nicht erkennbar.

3 Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung NRW auf Schließung des Schulhofes der Städt. Eichendorffschule als öffentliche Spielfläche Vorlage: FB3/0779/2018

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Ausschuss für Schule und Sport.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		

DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	2	

Ein Vertreter der Petenten ist nicht anwesend.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert das weitere Verfahren.

Im Zuge der sich anschließenden Beratung bitten die Ratsherren Peters, Becker und Berthold darum, auf eine Beschlussempfehlung an den Ausschuss für Schule und Sport zu verzichten, um die dortige Beratung nicht zu beeinflussen.

Ratsherr Berthold sieht zudem eher eine Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses, da es bei der Nutzung des Schulhofs außerhalb der Schulbetreuung um die Nutzung als Spielplatz gehe und dies in die Zuständigkeit des JHA falle.

Diese Einschätzung wird jedoch von der Mehrheit des Ausschusses nicht geteilt.

4 Bericht über die Kriminalitätsentwicklung 2017 in Meerbusch; mündliche Darlegung durch Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Kurt Koenemann

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter der Meerbuscher Wache, Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Koenemann.

Herr Koenemann erstattet einen sehr ausführlichen mündlichen Bericht über die Anzahl der unterschiedlichen Straftaten und deren Aufklärungsquote. Insgesamt sei eine leicht zurückgehende Zahl der Straftaten zu verzeichnen. Dennoch gebe es einzelne Bereiche wie z.B. Diebstahlsdelikte, deren Aufklärungsquote nach wie vor als sehr gering anzusehen sei. Auf entsprechende Nachfragen aus dem Ausschuss gibt er zudem weitere Erläuterungen zu einzelnen Delikten und zur Personalausstattung der Wache.

Im Namen des Ausschusses dankt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage für den umfangreichen Bericht und die bestehende sehr gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Polizei. Herr Koenemann erwidert diesen Dank und bittet um Weitergabe an die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung.

5 Künftige Konzeption und Betrieb der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände Vorlage: FB2/0789/2018

Beschlussvorschlag:

Der Betrieb der Halle 9 wird zum 31.12.2018 eingestellt.

Abstimmungsergebnisse:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE und Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	15	

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, die künftige Konzeption für den Betrieb der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände zu erarbeiten.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE und Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	3	

Nach kurzer Einleitung in die Angelegenheit erläutert Erster Beigeordneter Maatz die Beratungsvorlage der Verwaltung und die vorgesehene Erstellung eines Konzeptes, das in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden soll.

Im Anschluss entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, in der von Ratsherrn Rettig bezweifelt wird, dass der Betrieb der Halle 9 im Rahmen der Jugendarbeit aber auch als Räumlichkeit mit entsprechender Größe zur Versorgung von Institutionen und Vereinen erforderlich sei. Vor diesem Hintergrund sei der Betrieb der Halle zum nächstmöglichen Zeitpunkt einzustellen. Für private Nutzer schlägt er die Einrichtung einer APP vor, aus der die Verfügbarkeit von öffentlichen und privaten Räumlichkeiten ersichtlich sein soll und die Möglichkeiten bietet, die zahlreichen im Stadtgebiet vorhandenen Räume für Feiern oder ähnliche Veranstaltungen zu buchen.

Ratsfrau Henning schließt sich hinsichtlich der Schließung der Halle dieser Auffassung an, da der Betrieb für die Jugendarbeit aus Sicht ihrer Fraktion nicht erforderlich sei.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sowie die Ratsherren Damblon und Peters weisen die Sichtweise zurück, eine Räumlichkeit in der Größe der Halle 9 sei im Rahmen der Jugendarbeit nicht erforderlich, da sehr wohl Bedarf bestehe. Um dies letztlich beurteilen zu können sei die Erarbeitung eines geänderten Konzeptes sinnvoll.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes regt hierbei die möglichst breite Beteiligung von Jugendlichen an.

Ratsherr Peters fordert ein offenes Konzept, in das neue Ideen einfließen sollten, da Jugendarbeit aufgrund der veränderten Bedürfnisse der heutigen Jugendlichen mit den traditionellen Werkzeugen nicht mehr funktioniere. Bei der Konzepterarbeitung sollten die in einer Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses formulierten Eckpunkte einfließen. Zudem sei sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel zur Unterstützung der Jugendarbeit nicht verringert werden, auch wenn festgestellt werde, dass der Betrieb der Halle 9 für diesen Zweck nicht mehr erforderlich sei.

Ratsherr Berthold regt dringend an, mit dem Vermieter der Halle nochmals mit dem Ziel zu verhandeln, die Miete zu senken, da aus seiner Sicht ein anderer Mieter wahrscheinlich nur sehr schwer zu finden sei.

In der Abstimmung wird die Alternative, den Betrieb der Halle 9 einzustellen, mit dem o.g. Abstimmungsergebnis abgelehnt

6 Änderung der Zuständigkeitsordnung **Vorlage: ZD/0791/2018**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse vom 3. November 1999 in der Fassung der IX. Änderung vom 20. Februar 2017 wie folgt zu ändern:

1. § 3 Abs. 6 Buchstabe c) wird ersatzlos gestrichen.
2. § 3 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss entscheidet

a) über die Ernennung (Einstellung, Anstellung, Beförderung, Umwandlung des Beamtenverhältnisses und die Verleihung der Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit) und Entlassung von Beamten (mit Ausnahme der Wahlbeamten)

und

b) über die Einstellung, Höhergruppierung oder Entlassung von tariflich Beschäftigten

in Führungsfunktionen als Bereichsleiter bzw. als Leiter der kulturellen Einrichtungen (Musikschule, Stadtbücherei, Volkshochschule) im Einvernehmen mit dem Bürgermeister gem. § 73 Abs. 3 GO NRW.

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert zunächst, dass die Darstellung im Beschlussvorschlag zu ändern sei, da die Regelung für die genannten Führungspersonen sowohl im Beamten- als auch Tarifbeschäftigtenbereich analog zur Regelung in der Hauptsatzung gelten sollten.

Auf der Grundlage von Ratsherrn Peters Bitte um weitere rechtliche Erläuterung ergibt sich anschließend die einstimmige Bereitschaft zur Vertagung der Beschlussfassung, da kein zeitlicher Druck bestehe.

7 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den der Einladung beigefügten Bericht zur Kenntnis.

10 Termin der nächsten Sitzung: 20. September 2018

Die nächste Sitzung findet am 20. September 2018 statt.

11 Verschiedenes

11.1 Personalfluktuatation

Ratsherr Becker bittet um Erläuterungen zur derzeitigen hohen Personalfluktuatation der Verwaltung, von der auch die Stelle der Datenschutzbeauftragten betroffen sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, das Land NRW habe ca. 500 neue Stellen in den Ministerien eingerichtet, die nunmehr besetzt werden. Hierdurch sei ein hoher Fluktuationsdruck auf die umliegenden Städte freigesetzt worden. Die freiwerdende Stelle der Datenschutzbeauftragten werde nahtlos zum 1. Juli 2018 nachbesetzt. Am 6. Juli 2018 finde eine Sonderbürgermeisterkonferenz statt, um Lösungsmöglichkeiten der Personalbindung für die Städte und Gemeinden zu erörtern.

Ratsherr Peters führt an, dass es nach seiner Kenntnis auch interne Gründe für das Ausscheiden von Mitarbeitern/-innen gebe. Sofern es erforderlich sei, müsse auch über eine verbesserte Bezahlung der städtischen Mitarbeiter/-innen nachgedacht werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert hierzu, das bestehende Vergütungsniveau sei hier eigentlich bereits als gut anzusehen. Dies zeige auch der Vergleich mit anderen Kommunen.

Ratsherr Becker regt eine umfassende Untersuchung des städtischen Personalbestands und eine anonyme Mitarbeiterbefragung an.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass in der Verwaltung bereits seit einigen Jahren ein anonymes Mitarbeiterfeedback durchgeführt werde, dessen Ergebnisse im Rahmen der bestehen Möglichkeiten zur Verbesserung des Führungsverhaltens verwandt werden.

11.2 Bahnunterführung Meerbusch-Osterath

Ratsherr Jung bittet darum, für die anstehende langwierige Baumaßnahme um Zuge der Bahnunterführung Osterath einen festen Ansprechpartner zu benennen. Gegebenenfalls müsse für diese Aufgabe eine zusätzliche Person eingestellt werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, derzeit werde geprüft, ob hierfür eine personelle Verstärkung der technischen Verwaltung erforderlich sei.

11.3 Anfragen an die Verwaltung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Bearbeitung von Anträgen und Anfragen aus der Politik in den Ausschüssen und im Rat erheblichen Aufwand für die betroffenen Bereiche der Verwaltung darstelle. In Hinblick auf die angespannte Personalausstattung der Verwaltung bittet sie daher darum, verstärkt informelle Wege zu nutzen und damit die Personalressourcen der Verwaltung etwas weniger zu belasten.

Meerbusch, den 25. Juli 2018

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in